

5 Thesen für eine sozial gerechte Gesellschaft

Auf Einladung von Diakonie Deutschland, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Hans-Böckler-Stiftung und der Evangelischen Kirche in Deutschland haben sich in den vergangenen zwölf Monaten Expertinnen und Experten aus den Themenfeldern Armut, Jugend, Gesundheit, Pflege und Inklusion in Workshops über die gegenwärtige soziale Lage in Deutschland sowie sozialpolitische Herausforderungen für die Zukunft ausgetauscht.

Im gemeinsamen Prozess wurden Problemlagen identifiziert, Gestaltungsaufgaben für einen zukunftsfähigen Sozialstaat benannt und konkrete sozialpolitische Forderungen erarbeitet. Die Ergebnisse sind auch an die Politik gerichtet, denn sie setzt die Rahmenbedingungen für das Wohlergehen von Menschen, insbesondere von Menschen mit Unterstützungsbedarf, ihre professionellen Unterstützer/innen und ihre Angehörigen.

1 | Ein starker Sozialstaat ist die Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.

Pflege- und Betreuungsaufgaben werden schon lange nicht mehr allein in Familien – vorwiegend von Frauen – erbracht, sondern in Netzwerken von Professionellen, Angehörigen und freiwillig Engagierten. Dieses Zusammenspiel unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure ist Voraussetzung für die Modernisierung unserer Erwerbsgesellschaft, in der Frauen und Männer einer Erwerbstätigkeit nachgehen und Sorgearbeit leisten können.

Diese gesellschaftliche Realität setzt den Ausbau und die Professionalisierung von sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen voraus. Nur eine qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende soziale Infrastruktur ermöglicht sozialen Zusammenhalt und stärkt das Gemeinwesen in einer individualisierten Gesellschaft.

2 | Ein qualitativ hochwertiger Ausbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen benötigt ausreichende Ressourcen.

Die gestiegene Nachfrage nach sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen hat zu einem Ausbau von Angeboten geführt. Die Ressourcen sind aber nicht in ausreichendem Maße mitgewachsen. Zeitknappheit, Mangelversorgung, hohe Arbeitsbelastungen von Beschäftigten und Fachkräftemangel kennzeichnen schon jetzt die aktuelle Situation.

Die Auswirkungen ökonomischer Steuerungsanreize sind zu überprüfen. Auf keinen Fall dürfen sie nur auf die Senkung von Kosten zielen. Vielmehr muss Politik den Ordnungsrahmen und die Standards so ausgestalten, dass die Qualität beim Ausbau der sozialen und gesundheitsbezogenen Infrastruktur Vorrang hat. Professionalität und Qualität sozialer Arbeit schließt freiwilliges Engagement nicht aus.

5 Thesen für eine sozial gerechte Gesellschaft

3 | Die Strukturen des Sozialstaats müssen stärker an den gemeinsamen Interessen von Menschen mit Begleitungs- und Unterstützungsbedarf und von Beschäftigten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ausgerichtet werden.

Gute soziale und gesundheitsbezogene Dienstleistungen setzen gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten voraus. Menschen mit Unterstützungsbedarf, ihre Angehörigen und die Fachkräfte haben ein gemeinsames Interesse an einer ausreichenden Personalbemessung, einer angemessenen Entlohnung und sozialen Sicherung, hochwertigen Qualifizierungsstrukturen und einer mitarbeiterorientierten Arbeitszeitgestaltung.

Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen lassen kaum Handlungsspielraum zu, um arbeitspolitisch neue und die Gestaltungs- und Rationalisierungslogik des industriellen Zeitalters überwindende Wege auszuloten. Auch an guter Kooperation in Netzwerken, die die Einbeziehung und Förderung von freiwillig Engagierten einschließt, besteht ein gemeinsames Interesse, weil dadurch die Professionalität und Qualität gesichert werden kann. Dabei darf jedoch die ehrenamtliche Arbeit nicht zur Kostensenkung missbraucht werden. Sie kann nur ergänzend und unterstützend eingesetzt werden. Hilfebedürftige brauchen verlässliche Versorgung.

4 | Eine inklusive Gesellschaft benötigt besser koordinierte und lokal zugängliche Strukturen und Rahmenbedingungen.

Eine inklusive Arbeits- und Lebenswelt ist auf ein Miteinander und auf Vielfalt orientiert. Aus einer auf Leistung und Produktivität orientierten Lebens- und Arbeitswelt scheint der Weg dorthin noch weit zu sein. Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen, die sich am konkreten Bedarf von Menschen orientieren, sind zu fördern. Das zergliederte soziale Sicherungssystem mit seinen vielen Schnittstellen und Zuständigkeiten verhindert oftmals vorhandenes Engagement und Motivation für inklusive Strukturen in Unternehmen, Schulen und Einrichtungen. Die Abhängigkeit der Bildungschancen junger Menschen von ihrer familiären Herkunft verstärkt soziale Gegensätze und Ausgrenzungstendenzen.

Politik ist aufgefordert, Teilhabe und Selbstbestimmung nicht nur durch die Verschiebung von finanziellen Zuständigkeiten, sondern auch durch geeignete Strukturen und Rahmenbedingungen zu flankieren.

5 | Eine gelingende Gesellschaft und ein intaktes Gemeinwesen erfordern eine Reduzierung sozialer Ungleichheit.

Soziale Ungleichheit hat viele Gesichter. Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensentwicklung zementiert unterschiedliche Lebenschancen und -realitäten. Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme wird zunehmend aufgebrochen. Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse wird bei höchst unterschiedlicher finanzieller Ausstattung der Kommunen immer weniger erreicht. Kommunen haben als Gestalterinnen inklusiver Sozialräume aber eine zentrale Funktion für ein intaktes Gemeinwesen.

Deshalb benötigen sie ausreichend Ressourcen, um die Vernetzung und Qualitätssicherung auf lokaler Ebene zu sichern. Die Reduzierung sozialer Ungleichheit auf den unterschiedlichen Ebenen ist darum die zentrale Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Sozialstaat.